



## Bauamt

Vorlage: Beschlussvorlage  
BV/048/2015  
AZ: 797.11

### I. Vorlage

Gemeinderat am **22.09.2015** öffentlich Entscheidung

### II. Tagesordnungspunkt

Herstellung der Barrierefreiheit am Bahnhof Sontheim - Teilnahme am  
Zukunftsinvestitionsprogrammes 2016 - 2018/Barrierefreiheit kleiner  
Schienenverkehrsstationen

### III. Anlagen

### IV. Beschlussvorschlag

Siehe Darstellung des Sachverhalts

### V. Finanzielle Auswirkungen

<input type="checkbox"/> keine	<input type="checkbox"/> Einnahmen: _____		
	<input checked="" type="checkbox"/> Ausgaben: _____		
<input checked="" type="checkbox"/> Planmäßig	2016 - 2018	HH-Stelle	_____
<input type="checkbox"/> Überplanmäßig	_____	HH-Stelle	_____
<input type="checkbox"/> Außerplanmäßig	_____	HH-Stelle	_____
<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag	_____	HH-Stelle	_____
<input type="checkbox"/> Verpf.ermächtigung	_____	HH-Stelle	_____

## Darstellung des Sachverhaltes

Für die gesellschaftliche Teilhabe behinderter Menschen, die nicht über einen eigenen Pkw verfügen, ist der Abbau von Mobilitätsbarrieren im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ein bedeutender Faktor. Eine Verbesserung der Situation soll mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm 2016 bis 2018 (ZIP) der Bundesregierung herbeigeführt werden, mit dem auch die Barrierefreiheit von Nahverkehrshalten gefördert werden soll.

Mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm 2016 bis 2018 stellt die Bundesregierung auch zusätzliche Mittel für Investitionen in moderne Verkehrswege zur Verfügung und zwar dort, wo die Förderung bisher nicht oder nur vereinzelt wirksam wurde: Bei den Nahverkehrshalten, die weniger als 1.000 Ein- und Aussteiger pro Tag aufweisen.

„Um eine bundesweite Hebelwirkung dieser Mittel zu erreichen, sind die Länder angehalten, pro Maßnahme eine Komplementärfinanzierung mit einer Quote von 50 Prozent sicherzustellen.

Im Sinne des Programms ist es besonders wünschenswert, wenn im Einzugsgebiet des jeweiligen Nahverkehrshaltes ein sog. Bedarfsschwerpunkt, wie zum Beispiel ein Seniorenheim oder eine Behindertenwerkstatt, liegt. Bei der Auswahl sollen zudem die barrierefreie Wegeleitung, ein stufenfreier Bahnsteigzugang und eine optimierte Bahnsteighöhe im Vordergrund stehen.“

Grundsätzlich erfüllt der Sontheimer Bahnhof die Voraussetzungen, da er gegenwärtig mit 899 Ein- und Aussteigern geführt wird. Vorplanungen für eine Barrierefreiheit existieren bereits, so wurde in der Vergangenheit ein Liftschacht am Gleis 1 eingerichtet. Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg hat die Gemeinden aufgefordert, bis Mitte September 2015 geeignete Maßnahmen gegenüber dem Ministerium zu benennen. Dabei wird von dem Ministerium davon ausgegangen, dass die Gemeinde bereit ist, sich finanziell an der Maßnahme zu beteiligen. Die Antragsfrist beim Bund ist Ende September 2015.

Auf Grund der extrem kurzen Fristen hat die Gemeindeverwaltung vorsorglich den Sontheimer Bahnhof beim Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg angemeldet. Dabei wurde grundsätzlich die Bereitschaft erklärt, sich an der Kofinanzierung zu beteiligen. Von Seiten des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg wurde zwischenzeitlich ebenfalls die Bereitschaft gegenüber den Kommunen erklärt, dass sich auch das Land finanziell an diesem Programm beteiligen wird, wobei gegenwärtig die Beteiligung auf 25% des kommunalen Anteils beschränkt ist und auch ausdrücklich unter Haushaltsvorbehalt steht. Die Anmeldung der Gemeinde wurde ebenfalls unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Gemeinderates und beschränkt auf 25% der Gesamtfinanzierung vorgenommen.

Eine Kostenschätzung für die Maßnahme liegt der Gemeinde Sontheim an der Brenz nicht vor, sie wurde bei der Deutschen Bahn AG angefordert.

## **Beschlussvorschlag**

Der Anmeldung des Bahnhofes Sontheim an der Brenz (Ortsteil Sontheim) im Rahmen des „Zukunftsinvestitionsprogrammes 2016 - 2018/Barrierfreiheit kleiner Schienenverkehrsstationen“ wird zugestimmt. Die Anmeldung erfolgt vorbehaltlich des zu leistenden Kofinanzierungsanteils der Gemeinde und der Finanzierung im Gemeindehaushalt.